

29. März 2011
1450

ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs
eingebracht durch NAbg. GR Christian Lausch
im Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung
am 29.03.2011

DRINGLICHKEITSANTRAG

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung
an den Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn

**betreffend: stichprobenartige Verfassungsschutzprüfung
islamischer Vereine in Hollabrunn**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution:

Die Bundesministerin für Inneres soll das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) veranlassen, alle in Hollabrunn eingetragenen islamischen Vereine stichprobenartig zu überprüfen.

Begründung:

Das Leitbild des BVT sieht unter anderem vor:

„Schutz der Bevölkerung

*Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen. Als Teil des staatlichen Sicherheitssystems schützt das BVT die Menschen in Österreich vor weltanschaulich und politisch motivierter Kriminalität und den damit verbundenen Gefahren.
sowie der verfassungsmäßigen Grundordnung*

Eine demokratische Gesellschaft bedarf der verfassungsrechtlichen Fundierung und rechtsstaatlichen Absicherung ihrer Werte, Verfahren und Strukturen. Diese sind eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und besonders schützenswert.“

Außerdem ist dem aktuellen Verfassungsschutzbericht 2010, hierbei muss angemerkt werden, dass dieser logischerweise nicht etwa von der FPÖ verfasst wird, zu entnehmen:

„Der religiös motivierte Extremismus und Terrorismus stand im Jahr 2009 im Zentrum der Bearbeitung durch das BVT. Insbesondere die Tendenzen einer Verschärfung der Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten im Bundesgebiet haben sich bestätigt. Der „home-grown“ Extremismus bzw. Terrorismus mit transnationalen Vernetzungen der Exponenten stellt die größte Gefährdung für Europa und für Österreich dar.“

Natürlich kann keinem Verein irgendetwas unterstellt werden. Es kann jedoch auch nicht geleugnet werden, dass es möglich ist, dass diese Strömungen eindeutig im gesamten Bundesgebiet vorherrschen. Der beste Beweis dafür ist, dass das BVT im Jahr 2009 verstärkt diese Tendenzen geprüft hat und diese Tendenzen schlussendlich auch bestätigt wurden.

Wichtig ist, dass sich die hollabrunner Bevölkerung sicher fühlen kann. Um diese Sicherheit zu gewährleisten spricht unserer Ansicht nach nichts gegen eine stichprobenartige Prüfung, denn genau dafür ist das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung immerhin geschaffen worden. Wenn nun erkannt wird, dass der Islam auch verstärkt in Hollabrunn Einzug hält, müssen wir dafür Sorge tragen, dass alles unternommen wird, um unserer Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit zu bieten.

Während viele Dinge für eine Überprüfung sprechen, ist natürlich auch klar, dass selbst islamische Vereine an einer Prüfung interessiert sein müssten. Einerseits ist es wichtig, schwarze Schafe ausfindig zu machen, und andererseits kann doch niemand etwas gegen eine Prüfung haben, wenn er nichts zu verbergen hat.

Wie bereits in letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt geht großes Unbehagen durch die Bevölkerung. Niemand kann sich sicher sein, was in Zukunft auf

Hollabrunn zukommt, vor allem dann nicht, wenn der Islam anscheinend vom amtierenden Bürgermeister auch noch gefördert wird.

Egal welche Probleme mit irgendwelchen Bauwerken auf die Bevölkerung zukommen, eines muss jedoch für die Bevölkerung von vorne her klargestellt werden: Ohne irgendeinen Zusammenhang mit irgendwelchen Bauwerken herzustellen, muss sich die hollabrunner Bevölkerung sicher sein können, dass keine schleichende Gefahr droht.

Es wird nicht gefordert, dass irgendwelche bestimmten Vereine überprüft werden. Es kann jedoch nichts gegen eine grundsätzliche, breite, stichprobenartige Prüfung sprechen, um generell die Sicherheit für die Bevölkerung zu Erhöhen bzw. Gefahrenpotentiale von vorneherein abzuschwächen oder zu verhindern!

Wir als Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn sind es unserer Bevölkerung schuldig, alle Gefahrenpotentiale auszuschalten. Die Bevölkerung darf neben gesteigerter Kriminalität nicht auch noch mit diesen Problemen konfrontiert werden. Hollabrunn muss ein Vorreiter in Sachen Sicherheit werden. Die Freiheitlichen stehen für ein Hollabrunn, in dem sich die Bevölkerung wohlfühlen kann und nicht Tag ein, Tag aus, mit Problemen und Sorgen konfrontiert ist.

So lang für die Bevölkerung in Hollabrunn nicht zu hundert Prozent sicher ist, dass sie keine Angst haben muss, dass solche Vorgänge wie etwa im Verfassungsschutzbericht erwähnt wurden - Zitat: *„Insbesondere die Tendenzen einer Verschärfung der Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten im Bundesgebiet haben sich bestätigt.“* auch in Hollabrunn stattfinden, muss verschärft an diesem Problem gearbeitet werden.

Die FPÖ bittet um Zustimmung zu diesem Antrag, denn es liegt auf der Hand, dass eine Zustimmung klar für eine Erhöhung der Sicherheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung beträgt.

Eine Ablehnung des Antrages hingegen würde der Bevölkerung lediglich vermitteln, dass sinnvolle Anträge im Sinne der Bevölkerung nur abgelehnt werden, weil man einen demokratischen Diskurs zu brandaktuellen Themen nicht zulässt, da sie nicht vom Bürgermeister sondern von der Opposition ausgehen.

Vermitteln wir in diesem Thema Einigkeit, zum Wohle unserer Stadt.
Eine stichprobenartige Prüfung kann nun wirklich niemanden schmerzen.

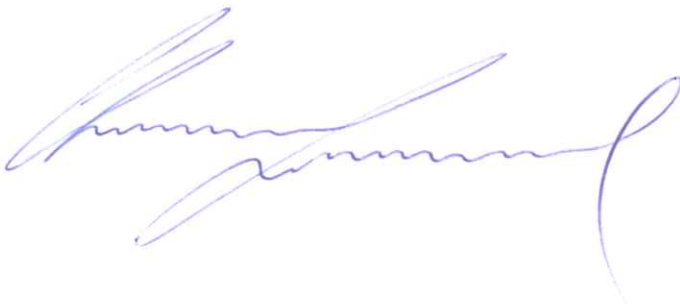
Als Vergleichsbeispiel kann man etwa anführen, dass auch ein Autofahrer, der sicher an seinen Arbeitsplatz fahren will oder seine Kinder in die Schule bringen will, nichts gegen stichprobenartige Alkoholkontrollen im Straßenverkehr haben wird. Diese dienen in diesem Zusammenhang auch ausschließlich der Erhöhung der allgemeinen Sicherheit.

Im Umkehrschluss kann beim Thema zu diesem Antrag kann niemand etwas gegen eine stichprobenartige Überprüfung zur Erhöhung der Sicherheit haben.

Der gesamte Gemeinderat in Hollabrunn ist der Bevölkerung schuldig, in ihrem Sinne zu handeln!

Hollabrunn muss in jeglicher Hinsicht eine sichere Stadtgemeinde bleiben, um auch unseren Kindern noch eine Zukunft bieten zu können!

Weitere Begründung erfolgt mündlich durch den Antragsteller

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that form a cursive script. The signature is positioned in the lower-left quadrant of the page.

29. März 2011

ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs
eingebracht durch NAbg. GR Christian Lausch
im Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung
am 29.03.2011

DRINGLICHKEITSANTRAG

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung
an den Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn

betreffend: Stopp der atomaren Bedrohung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn fordert den Bundeskanzler Werner Faymann und den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Nikolaus Berlakovich auf

- 1) sich für die europaweite Einleitung des Ausstieges aus der Atomenergie,
- 2) die sofortige Abschaltung der Hochrisikoreaktoren in Europa,
- 3) für den gleichzeitigen Umstieg von nuklearer auf erneuerbare Energien einzusetzen und
- 4) gegen ein geplantes Atommülllager im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um eine Umsetzung zu verhindern.

Begründung:

- **zum Ausstieg aus der Atomenergie,**
- **die sofortige Abschaltung der Hochrisikoreaktoren in Europa**
- **und für den gleichzeitigen Umstieg von nuklearer auf erneuerbare Energien:**

Das folgenschwere Erdbeben vom 11. März 2011 in Japan hat nicht nur das Land selbst, sondern die ganze Welt erschüttert. Die Zahl der Toten, die das Erdbeben, der Tsunami und die darauffolgenden Reaktorkatastrophen forderten und noch fordern werden ist nicht absehbar.

Die Sorge um den ungebremsten Ausbau der Hochrisikotechnologie Atomkraft wurde voll und ganz durch diese Naturkatastrophe, die uns zeigt, dass kein Atomkraftwerk der Welt sicher genug gebaut ist um im Ernstfall, so wie nun eingetreten, standzuhalten.

Zu den sofort stillzulegenden Atomkraftwerken an den österreichischen Grenzen gehören das AKW im slowenischen Krško, denn weder Reaktor noch Fundament sind auf Erdbeben abgestimmt.

Gleichzeitig sind auch die grenznahen AKWs ohne Schutzhülle in Mochovce, Bohunice, Dukovany und Paks welche zu den europäischen Hochrisikoreaktoren gehören betroffen.

Es führt kein Weg mehr daran vorbei, den Ausstieg aus der Atomenergie europaweit vorzubereiten und raschest möglich den Umstieg auf erneuerbare Energie voranzutreiben.

In Anbetracht der Nähe mehrerer Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern muss Europa hier an einem Strang ziehen, denn der Betrieb eines Atomkraftwerks ist keine innerstaatliche Angelegenheit, sondern die vorsätzliche grenzüberschreitende Gefährdung von Millionen Menschen und auch der Bevölkerung bei uns in Hollabrunn.

- **zur Verhinderung des Atommülllagers an der Tschechischen Grenze:**

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist plant die tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus den Kraftwerken Temelin und Dukovany.

Dem Bericht ist weiters zu entnehmen, dass aufgrund der geologischen Gegebenheiten die 3 Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov in die engere Auswahl als Standorte gelangt sind.

Alle 3 Orte sind lediglich 30 bis 50 km von der Bundesgrenze zu Österreich entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotenzial für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären die Regionen Wald- und Mühlviertel aber auch das Weinviertel.

Um die Landes- und Bundesregierung in dieser Sache zu unterstützen, ist ein starkes NEIN seitens der Bevölkerung notwendig.

Gerade im Bereich Atomwirtschaft hat die tschechische Republik bisher mehrmals bewiesen, keine Handschlagqualität zu haben. Als Beispiel dafür sei der offene Bruch des Melker Abkommens zu erwähnen. Auch hier wurde die österreichische Bevölkerung getäuscht und einer nicht kalkulierbaren Gefahr ausgesetzt.

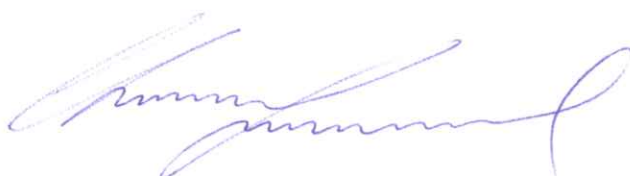
Im Interesse nachfolgender Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen, um ein solches Lager zu verhindern!

Niemand im Gemeinderat kann gegen einen Atomausstieg und gegen eine Verhinderung von Gefährdungspotentialen sein. Setzen auch wir in Hollabrunn, die wir in einem Grenzbundesland genauso von einem Zwischenfall gefährdet sein würden, ein längst überfälliges Zeichen.

Als zusätzlichen positiven Faktor ist anzumerken, dass erneuerbare Energie als Umkehrschluss sogar neue Arbeitsplätze in unserer Region schaffen kann.

Aus den angeführten Gründen bittet die FPÖ um Zustimmung zu diesem Antrag.

Weitere Begründung erfolgt mündlich durch den Antragsteller



ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs
eingebracht durch NAbg. GR Christian Lausch
im Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung
am 29.03.2011

DRINGLICHKEITSANTRAG

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung
an den Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn

betreffend: Verbesserung des Informationsangebotes
auf www.hollabrunn.gv.at

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Informationsangebot auf „www.hollabrunn.gv.at“ wird in Hinblick auf die politische Arbeit des Gemeinderates erweitert. Dabei sind u.a. folgende Verbesserungen zu prüfen:

- vollständige Veröffentlichung aller Protokolle
- alle Anträge (angenommene sowie abgelehnte inkl. Stimmverhalten), Anfragen und Anfragebeantwortungen sollen abrufbar sein
- Suchmöglichkeiten (nach Rednern, Themen oder ähnliches) sollen erweitert werden
- Anträge und Wortmeldungen einzelner Mandatäre sollen gezielt abrufbar sein.

Die Zielsetzung ist, der hollabrunner Bevölkerung eine möglichst große Bandbreite an komfortablen Suchfunktionen und Informationsgehalt zur Verfügung zu stellen, damit diese die politische Arbeit im Gemeinderat und auch die Arbeit jeder Partei nachvollziehen können.

Die Umsetzung soll bis zum 1. Juni 2011 erfolgt sein.

Begründung:

In Zeiten moderner Medien bieten sich den politischen Verantwortungsträgern viele neue Möglichkeiten, ihre Entscheidungsabläufe transparent und informativ der Bevölkerung näher zu bringen. Die Stadtgemeinde Hollabrunn hat mit dem Informationsangebot auf ihrer Internetseite schon erste Schritte gesetzt.

Insgesamt steht aber – im Vergleich mit dem Internetangebot anderer Vertretungskörper – noch ungenutztes Potential zur Verfügung, das technisch leicht umsetzbar ist und der Allgemeinheit einen großen Mehrwert an Informationen bieten kann. Die Abläufe und Entscheidungen des Gemeinderates sollen für die hollabrunner Bevölkerung nachvollziehbar sein.

Das Interesse ist allein durch die hohe Anzahl der Besucher im Gemeinderat auf alle Fälle vorhanden. Die Bevölkerung zeigt dadurch, dass sie sehr wohl an der Politik interessiert ist, und aktiv miterleben will, wohin Hollabrunn in Zukunft steuert. Diese Möglichkeit sollte der Bevölkerung auf breitem Wege auch im Internet geboten werden. Da in der öffentlichen Sitzung nichts geheim ist, und auch die Meinung aller von der Bevölkerung gewählten Mandatäre für die Bevölkerung sichtbar gemacht werden soll, steht einer Umsetzung nichts im Wege.

Voraussetzung dafür ist, dass neben den Protokollen auch die eingebrachten Anträge und Anfragen sowie die Beantwortungen von Anfragen lückenlos abrufbar sind. Um den Informationszugang zu erleichtern, soll weiters eine Suchmaske eingerichtet werden, die verschiedene Abfragen und nicht nur die Stichwortsuche ermöglicht.

Auch die bessere Vernetzung zwischen den Mandatären, der Tagesordnung, dem Protokoll und eingebrachten Anträgen sollte möglich sein. So kann gezielt

nach den Beiträgen einzelner Gemeinderäte gesucht oder die Debatte zu einem bestimmten Antrag im Protokoll auch von Internet-Nutzern ohne tiefer gehende EDV-Kenntnisse leicht abgerufen werden.

Zusätzlich soll dadurch die Möglichkeit geboten werden, ein spezielles Thema, welches sich über mehrere Sitzungen erstreckt im Detail nachzuverfolgen.

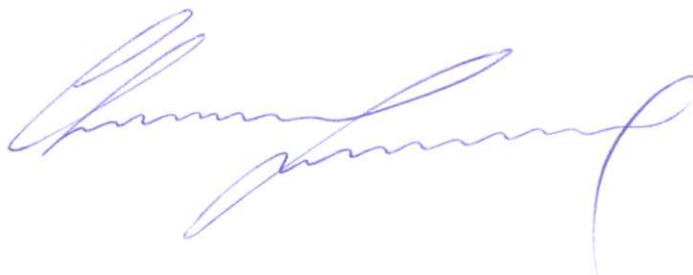
Wenn der Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn wirklich so viel für die Bevölkerung unternimmt und arbeitet, dann wird es ihm auch nicht stören, alle Vorgänge und auch alle Anträge der Opposition offen zu legen.

Die Bevölkerung muss in einer Demokratie die Möglichkeit haben, die Standpunkte aller Parteien und aller Mandatäre im Gemeinderat nachvollziehen zu können.

Eine Internetpräsenz die durch Steuergeld vom Bürger bezahlt wird, darf nicht nur eine persönliche Werbefläche für die Mehrheitsfraktion und Pressedienst sein. Der Bürger hat viel mehr das Anrecht, alle Punkte zu erfahren, die im Gemeinderat diskutiert und eingebracht werden.

Wenn nichts zu verstecken ist, und dem Bürger ein Anrecht auf umfassende unpolitische Information bzw. ein Anrecht auf Einsicht der Fakten gewährt werden soll, spricht nichts gegen diesen Antrag. Die FPÖ bittet deshalb um Zustimmung im Sinne der Information für die hollabrunner Bevölkerung.

Weitere Begründung erfolgt mündlich durch den Antragsteller

A handwritten signature in blue ink, appearing to be a cursive script, located at the bottom of the page.